



Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

AKTUELLES AUS DER 17. KALENDERWOCHE VON STEPHAN BRANDNER

Liebe Freunde und Förderer, liebe Mitglieder der AfD. Eine aufregende und ereignisreiche Woche liegt hinter uns. Diese Zusammenstellung soll Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Themen der Woche, meine Pressemitteilungen und Termine geben. Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht

Euer/ Ihr
Stephan Brandner

1. Pressemitteilungen:

1. PM Brandner (AfD): Erosion des Rechtsstaates verhindern – richterliche Unabhängigkeit schützen! (27.April 2021)

Am gestrigen Montag soll die Polizei die Privatwohnung, das Büro sowie das Auto des Weimarer Richters durchsucht haben, der Anfang April einen Beschluss gegen Corona-Maßnahmen erlassen hatte. Dem Richter werde Medienberichten zufolge im Zusammenhang mit dem Beschluss Rechtsbeugung vorgeworfen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland sowie AfD-Bundestagsabgeordneter, zu dessen Wahlkreis Weimar zählt und ehemaliger Rechtsausschussvorsitzender, ist überzeugt, dass anhand dieses Richters ein Exempel statuiert werden sollte: „Kein Richter, der die durch die Regierenden verordneten Maßnahmen kritisch sieht, wird sich in Zukunft trauen, die entsprechenden juristischen Schritte zu ergreifen, um Schaden von den Bürgern und von sich selbst abzuhalten. Das Ziel war und ist: Kritische Juristen sollen mundtot gemacht werden. Das ist ein fataler Angriff auf unseren Rechtsstaat und die unabhängige Justiz, mit Wissen und Wollen des Thüringer Justizministers, denn die handelnden Staatsanwälte sind weisungsgebunden. Einmal mehr zeigt sich, dass unsere Forderung nach unabhängigen Staatsanwälten, die keinen Weisungen unterworfen sind, ein wichtiger Baustein wäre, der die zunehmende Erosion des Rechtsstaates wenigstens ein klein wenig verhindern könnte!“

Stephan Brandner
Direktkandidat im Wahlkreis 194
Gera, Greiz, Altenburger Land

AfD  **Deutschland. Aber normal.**



2. PM Brandner (AfD): Mini-Diätenkürzung ist ein Hohn für die Bevölkerung! (27. April 2021)

Ab dem 1. Juli wird es für die Abgeordneten im Deutschen Bundestag 70,58 Euro weniger pro Monat geben. Es handelt sich wohl um die erste Senkung der Diäten in der deutschen Geschichte. Jährlich müssen die Diäten der Bundestagsabgeordneten der Entwicklung der sogenannten Nominallöhne angepasst werden.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, erklärt, dass er eine Senkung der Diäten um 0,7% als Hohn für die Bevölkerung wahrnehme.

„Angesichts der massiven Schäden, die die fehlgeleitete Lockdownpolitik in der Wirtschaft und Bevölkerung angerichtet hat, ist eine Senkung der Diäten eben jener Abgeordneten, die seit 14 Monaten nichts zum Wohle des Volkes getan haben, sich selbst entmachtet haben und verfassungswidrige Gesetze einfach passieren lassen, um lediglich rund 70 Euro ein blanker Hohn! Hunderttausende Kurzarbeiter, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, viele Arbeitslose, eine verschärfte Lage im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit und unzählige Existenzen, die mutwillig von den Entscheidungsträgern vor die Wand gefahren wurden, sollten zum Anlass genommen werden, eine massive Diätenkürzung vorzunehmen!“



3. PM Stephan Brandner (AfD): Ehrenamt stärken – Bürokratie abbauen! (29. April 2021)

Das im Geldwäschegesetz verankerte Transparenzregister stellt für viele ehrenamtliche Vereine eine oftmals unnötige Bürokratie und damit zusätzliche Belastung dar.

Jüngst stellte der Vorsitzenden des Fördervereins Renaissanceschloss Ponitz, Roland Mehlig, in einem Zeitungsartikel heraus, dass, wie in seinem auch bei vielen anderen gemeinnützigen Vereinen, sowohl die Meldepflicht als auch die vom Transparenzregister erhobenen Gebühren völlig fehl am Platze seien.

Stephan Brandner (AfD) Bundestagsabgeordneter, Direktkandidat der AfD im Wahlkreis 194, Gera-Greiz-Altenburger Land, hält eine deutliche Entbürokratisierung im Geldwäschegesetz für zwingend notwendig. Es könne nicht sein, dass Ehrenamtliche, die sich für einen guten und wichtigen Zweck einsetzen, auch noch mit bürokratischen Hürden belastet würden.



Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

„Transparenz ist eine gute und wichtige Forderung: sie darf aber nicht zur Belastung für diejenigen werden, die sich in ihrer Freizeit für das Wohl der Gesellschaft als Ehrenamtliche engagieren. Anstatt immer wieder neue Steine in den Weg zu legen, müssen Ehrenamtliche unterstützt und gefördert werden – nicht verschreckt. Dafür stehen wir als AfD“, so Brandner.

4. PM Brandner (AfD): AfD wirkt: Bundesregierung gibt Plan zur Zeitungsförderung auf! (29.April 2021)

Im vergangenen Jahr hatte das Bundeswirtschaftsministerium bekannt gegeben, eine staatliche Presseförderung in Höhe von 220 Millionen Euro gewähren zu wollen. Sofort äußerte die Alternative für Deutschland (AfD) massive Kritik und verfassungsrechtliche Bedenken an diesem Plan und befürchtete, dass die Unabhängigkeit der deutschen Presse durch diese staatlichen Zahlungen beeinträchtigt werden könne – und solle. Nun hat die Bundesregierung ihren Plan aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken aufgegeben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, zeigt sich erfreut ob dieser Entwicklung und macht deutlich, dass es dem Druck der AfD zu verdanken sei, dass dieser hanebüchene Plan aufgegeben wurde: „Als AfD hatten wir große Befürchtungen, dass sich die Bundesregierung mit diesen Zahlungen eine noch wohlwollendere Berichterstattung über ihre verfehlte Politik erkaufen wollte. 220 Millionen Euro zu verteilen, ohne dafür eine gesetzliche Grundlage zu haben, die Mittel also nach Gutsherrenart verteilen zu wollen, ist ein Unding. Auch waren wir sehr besorgt, dass insbesondere jene Zeitungen, die der Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg), eine Medienbeteiligungsgesellschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), angehören, von den Mitteln besonders profitieren würden. Jetzt zeigt sich aber: AfD wirkt – eine staatsfinanzierte Presse darf es neben dem zwangsfinanzierten Fernsehen nicht auch noch geben!“

AfD wirkt!

Keine staatsfinanzierte Presse!

Stephan Brandner
Direktkandidat im Wahlkreis 194
Gera, Greiz, Altenburger Land

AfD

Deutschland. Aber normal.



5. PM Brandner (AfD): Ende der Insolvenzantragspflichtsaussetzung könnte wahres Ausmaß der Wirtschaftskrise offenbaren (30. April 2021)

Am heutigen 30. April endet die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Zuvor war die Aussetzung vom 31. Dezember auf den 1. Februar und dann ein weiteres Mal verlängert worden. Bereits zu Jahresbeginn hatte das IW Köln ermittelt, dass es etwa 4.500 so genannte „Zombie-Unternehmen“ in Deutschland gäbe, also solche, die faktisch bereits pleite sind, dies aber auf Grund der fehlenden Insolvenzantragspflicht bisher nicht öffentlich gemacht haben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, meint, dass sich nun das wahre Ausmaß der Wirtschaftskrise in Deutschland zeigen könnte: „Tausende Unternehmer stehen vor dem Ruin, insbesondere die Hotellerie und Gastronomie und der Handel sind mehr und mehr verzweifelt. Doch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht war der falsche Weg: sie rettet keine Unternehmen, sondern verschleppt ihren sicheren wirtschaftlichen Tod. Die viel zu spät ausgezahlten und viel zu bürokratischen Staatshilfen können die Löcher, die durch fehlende Umsätze entstehen, nicht stopfen. Als AfD stehen wir dafür, dass es einen gesetzlich geregelten Anspruch auf Entschädigung geben muss und keine Almosen für Unternehmer. Vor allem stehen wir aber auch für Öffnungen und eine wiedererweckte Wirtschaft, so, wie es uns viele Länder der Welt derzeit erfolgreich vormachen!“

6. PM Brandner (AfD): BUGA-Dauerkarten sind faktisch wertlos (30. April 2021)

Seit geraumer Zeit warb die Erfurter BUGA GmbH dafür, schon im Vorverkauf die Dauerkarten für die Bundesgartenschau zu erwerben. Viele Erfurter und Thüringer machten davon Gebrauch: nach der Arbeit noch ein Ründchen durch die schicken Blumenbeete flanieren, spontan die Sonne auf der ega genießen oder am Wochenende das Danakil erkunden: so stellte man sich das BUGA-Jahr in Erfurt vor.

Doch daraus wurde nichts: der Besuch auf der Bundesgartenschau erfordert das Vorweisen der Eintrittskarte, der Zutrittskarte und auch eines negativen Coronatests; die Innenräume sind geschlossen, Veranstaltungen und Führungen gibt es nicht.

Für die Dauerkartenbesitzer bedeutet dies, dass deren Karten faktisch wertlos geworden sind, meint der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, zu dessen Wahlkreis Erfurt zählt. „Viele Erfurter haben sich seit Jahren auf das Großereignis BUGA gefreut, ja regelrecht daraufhin gefiebert. Dass es nun alles andere als ein Großereignis ist, das ist mehr als enttäuschend. Die BUGA unter diesen widrigen Bedingungen stattfinden zu lassen, ist für viele Erfurter eine Enttäuschung. Eine BUGA ist eben mehr als nur ein bepflanztes Blumenbeet, sie steht und fällt auch mit den Veranstaltungen und dem, was drumherum geboten wird. Eine Verschiebung wäre wohl die sinnvollere Alternative gewesen – das sehen auch viele Erfurter so“, meint Stephan Brandner.



7. Brandner: AfD-Fraktion wirbt bei FDP und Linken um Unterstützung für abstrakte Normenkontrolle (29. April 2021)

Wie die AfD- hält auch die FDP-Bundestagsfraktion die „Bundesnotbremse“ für verfassungswidrig, weshalb beide Fraktionen und auch die der Linken mit Nein gestimmt hatten. Nachdem nun neben vielen Bürgern auch AfD- und FDP-Abgeordnete Verfassungsbeschwerde eingereicht haben, äußert sich Stephan Brandner, Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion und ehemaliger Rechtsausschussvorsitzender, dazu wie folgt:

„Eine Verfassungsbeschwerde kann von Jedermann, also von jedem Bürger, eingelegt werden. Das ist nun vielfach und auch durch Bundestagsabgeordnete geschehen. Ob das Bundesverfassungsgericht diese Beschwerden allerdings überhaupt annimmt geschweige denn ihnen stattgibt, ist zurzeit völlig offen. Daher ist es dringend erforderlich, zusätzlich nun das juristisch scharfe Schwert der abstrakten Normenkontrolle zu ziehen. Nur dieses Verfahren ist das von unserer Verfassung vorgesehene, um die inhaltliche Vereinbarkeit eines Gesetzes mit dem Grundgesetz auf Antrag von Bundestagsabgeordneten vollumfänglich prüfen zu lassen. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn es mindestens 25 Prozent der Bundestagsabgeordneten, zurzeit also 178, unterstützen. Die AfD wird bei FDP und Linken für ein solches Vorgehen um Unterstützung und werben und es in der nächsten Woche im Bundestag zum Thema machen.“



**Brandner: AfD-Fraktion
wirbt bei FDP und Linken...**



2. Aktuelle Videos:

Versinkt die Autobahn-GmbH im Chaos? Gute Fragen - schlechte Antworten

<https://www.youtube.com/watch?v=4nDZifXq1Sk>



Ungeimpfte gegen Geimpfte: Grundrechte nicht mehr für alle? 5 Fragen - 5 Antworten

<https://www.youtube.com/watch?v=c3KOgOIHV-k>





Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Sonstiges:

26. April 2021

Treffen Klausur mit der Thüringer Landtagsfraktion



Treffen mit Jürgen Treutler, Direktkandidat WK 196





Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

27. April 2021

**Bürgersprechstunde in Erfurt und Sömmerda, anschließend Bürgerdialog mit
Torsten Czuppon, Stefan Schröder**





Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

29. April 2021

Bürgersprechstunde in Gera und Greiz, Onlinebürgerdialog mit Prof. Michael Kaufmann

<https://www.facebook.com/AfDKaufmann/videos/813892982841255>



30. April 2021

Veranstaltung in Köthen





Stephan Brandner
Mitglied des Deutschen Bundestages

4. Ausblick auf die nächste Woche:

Sitzungswoche in Berlin

:

5. Mehr von Stephan Brandner:



Besuchen Sie mich im Netz!



www.stephan-brandner.de



[youtube.com/c/StephanBrandnerMdB](https://www.youtube.com/c/StephanBrandnerMdB)



facebook.com/stBrandner/



twitter.com/stbrandner



t.me/StephanBrandnermdb



abgeordnetenwatch.de/profile/stephan-brandner

Hier können Sie Stephan Brandner eine Frage stellen:

<https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/stephan-brandner>